

**Rede
des Sprechers gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus
und Fremdenfeindlichkeit**

Michael Höntsch, MdL

zu TOP Nr. 12. d)

Aktuelle Stunde

**Kompromisslos gegen Rechts – unsere Demokratie
bleibt wehrhaft**

Antrag der Fraktion der SPD – Drs. 17/5319

während der Plenarsitzung vom 09.03.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Verehrter Herr/Frau Landtagspräsident/in,
liebe Kolleginnen und liebe Kollegen,
die letzten Tage und Wochen haben deutlich gemacht, dass es in unserem Land
eine deutlich spürbare Unzufriedenheit mit der Politik gibt.
Gemeint sind im Übrigen wir alle ausnahmslos.

Darum ist es auch eine vordringliche Aufgabe, dass wir uns nach Möglichkeit alle
mit großer Ernsthaftigkeit diesem Thema widmen.
Ich möchte Sie um diese Ernsthaftigkeit heute bitten. Die Menschen sehen unsere
Plenardebatten, es gibt Schulklassen, es gibt Kurse, die verfolgen den Livestream
und erleben, wie gestern, nicht einmal ein Ministerpräsident kann in diesem
Parlament sprechen, ohne dass permanent dazwischengerufen wird.

Das ist Demokratie zum Abgewöhnen.

Dirk Altwig schreibt heute in der Neuen Presse:
"Aber auch noch zwei Tage nach den Wahlerfolgen der rechten AfD in Hessen
steckt die Landespolitik im albernen Spiel von Regierung gegen Opposition fest.
Merkt im Landtag noch jemand, wie wenig das mit den Problemen zu tun hat, die
dieses Land gerade hat."

Ich bin dafür, dass er nicht Recht behält.

"Tauschen wir die Politiker aus, bevor sie das deutsche Volk austauschen."
Diesen Aufkleber fand ich in der letzten Woche hier im Parlament an einer Säule.
Das mag für manche lustig klingen, die Verfasser meinen das ernst.

Ich muss heute nicht erneut über Anschläge sprechen, es sind neue dazu
gekommen. Auch gab es erneut NPD- und andere Aufmärsche.

Im Internet, wir haben das später noch auf der Tagesordnung, wird weiter gehetzt
und auch zum Mord an Asylbewerbern aufgerufen.

Ich stimme unserem Ministerpräsidenten ausdrücklich zu, wenn er wie gestern
davon spricht, dass das geplante NPD-Verbot nie offenkundig notwendiger war
als genau jetzt und heute.

Und noch eines wird deutlich - die rechte Propaganda von Nazis, PEGIDA und
auch AfD leistet einen ganz entscheidenden Beitrag zum zunehmenden Klima
der Gewalt gegen Flüchtlinge und Andersdenkende.

Die Kommunalwahlen in Hessen konnten nur diejenigen wirklich erschrecken, die
die Augen fest zugemacht haben in den vergangenen Monaten.

Ein Ergebnis ist auch offenkundig: Dort wo die besorgten Bürgerinnen und Bürger
nicht AfD wählen konnten, haben sie ebenfalls zweistellig NPD gewählt.

Der AfD ist es gelungen, was der NPD nie gelang. Der Einbruch in das
bürgerliche Lager. Ein Spitzenkandidat in Rheinland-Pfalz, der Oberstleutnant ist,
seit Sonntag ein Ratsherr in Wiesbaden, der stellvertretender

Personalratsvorsitzender beim BKA ist, in Niedersachsen führt diese Partei ein ehemaliger Medienmann vom NDR.

Dennoch zerfließen die Übergänge zu den Neonazis inhaltlich auch hier.

Der kommende Sonntag wird vermutlich ein Fanal.

Nur zeigen uns kluge Analysten, dass es nichts nutzt, wenn wir den Anhängern dieser Rechtsentwicklung vorwerfen rechts zu sein. Es ist egal, es bewirkt kein Umdenken. Sie fühlen sich als Opfer und bauen an der Wagenburg.

Wir alle müssen argumentativ in die kommenden Debatten, gerade auch in den bevorstehenden Auseinandersetzungen zum Kommunalwahlkampf.

Den Hardcore-Neonazi werden wir nicht überzeugen, ich hoffe sehr darauf, dass das Bundesverfassungsgericht die NPD bald aus dem Verkehr zieht und den Nazis die materielle Basis nimmt.

Ich setze darüber hinaus auch weiter große Hoffnung in unsere Aussteigerprogramme und die Umsetzung unserer Strategien gegen Rechts.

Die Nachbarin und der Nachbar aber, die sich von uns abgewendet haben, die dürfen wir um der Demokratie Willen nicht verloren geben.

Gesprächen mit ihnen haben wir uns zu stellen. Dabei hilft es nicht, ihre politischen Führer zu diskreditieren, wir müssen ihre Inhalte auseinandernehmen.

Im Übrigen, inhaltliche Konzessionen an die Rechten führen dazu, dass die Menschen das Original wählen.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, sie am Ende tatsächlich zu „AFDlern“ oder zu noch Schlimmeren zu machen.

Ich hoffe, das kann ein Konsens unter uns sein und ich verbinde diese Hoffnung mit der Bitte an Sie,

liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, eine Erika-Steinbach-Debatte hinsichtlich der Koalitionsmöglichkeiten mit der AFD an keiner Stelle in Niedersachsen zuzulassen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.